

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbauern und ...

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostjachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Preis: 10 Pfennig
Anzeigenpreis: Die normal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Bekanntheit anschließend an den dreizehntägigen Festpreis 1,25 RM. ...

3. Jahrgang Montag, den 9. Mai 1927 Nummer 107

Die Stahlhelm-Bleibe

Berlin ist rot und bleibt rot!

Der Stahlhelm unter Polizeischutz - Ein Arbeiter erschossen!

Der von den Stahlhelmläutern angekündigte Marsch nach Berlin, um Berlin von dem roten Spatz zu befreien, war eine öffentliche Pleite. Von den angekündigten 100.000 Stahlhelmbanden, die Berlin „etablieren“ sollten, waren höchstens 40.000 erschienen. Ueber 20 Sonderzüge, die die Prätorianergarden des neubourgeois Imperialismus nach Berlin bringen sollten, mußten ausfallen. Die Berliner Bevölkerung hat den Stahlhelmbanden Quartiere verweigert und sie mit eisiger Ablehnung oder wütigen Gegenforderungen empfangen. Selbst die bürgerlichen Zeitungen teilten heute morgen mit, daß der Aufmarsch der Roten Frontkämpfer im vorigen Jahre weit mehr als das Doppelte des Stahlhelmaufmarsches darstellte. Der Stahlhelmläuter Selbste erklärte wörtlich: „Kein Ass wollte uns haben!“ Die Stahlhelmläuter haben die Bienenbesitzer, nehmen nur Stahlhelmsoldaten in Quartier, während die Stahlhelmsoldaten ohne Quartiere durch die Straßen laufen mußten.

Der Stahlhelm hatte deswegen kein geplantes Programm mehr. Der ganze Aufmarsch bestand in dem Marsch vom Bahnhof zum Lustgarten und dann wieder zurück zum Bahnhof. Ein großer Teil der Frontkämpfer wurde schon am Nachmittag wieder zum Bahnhof zurücktransportiert. Der Aufmarsch der Stahlhelmer wurde von roten Polizisten aufgebrochen. Die Polizei war mit Karabinern, automatischen Pistolen, Seitengewehren und Gummiknüppeln bewaffnet. An der Spitze und am Ende der Fahscharen führten Heberfallkommandos.

Die arbeitende Bevölkerung Berlins empfing die Stahlhelmer trotz des Demonstrationverbotes in wirren Gegenfunden. Ueberall fanden die Arbeitermassen an den Straßen. Die Kapellen der Faschistenkolonnen übertrugen die Gesänge der Internationale. Aus den Reihen der Arbeiter erklangen immer wieder die Rufe: „Den Faschisten den Tod! Berlin bleibt rot!“ An einzelnen Straßen, insbesondere in Kreuzfäden, durch das die Faschisten in wüsten Sinne Speichruten laufen mußten, hatten die Arbeiter, insbesondere die Kommunisten und die SA, Sprechbühnen gebildet, die die Faschisten mit Rot-Front-Rufen und mit den Rufen „Nieder mit dem Faschismus!“ empfingen. Der Montag-Morgen schreie über den Zug der Stahlhelmer durch Kreuzfäden: Der Aufmarsch des Stahlhelms von der Halenheide in Kreuzfäden gestaltete sich zu einem wüsten Speichrutenlaufen. Längs der Straßen stand zu beiden Seiten ein dichtes Spalier. Die Zuschauer empfingen die Kolonnen mit ohrenbetäubendem Lärm, pfeifen und schrien besonders laut, wenn die sogenannten Heberfallkommandos vorbeizogen und richteten ihren Horn dauernd vor allem besonders nachdrücklich gegen die vorgehenden ehemaligen Offiziere, die im Zug mitmarschierten. So lange die Musik noch spielen konnte, verhielt sie den Lärm zu überhören, da aber einer polizeilichen Anordnung zufolge die Musik während des Durchganges von 10 bis 12 Uhr zu ruhen hatte, bestanden die halberbildenden Demonstrationen halb die Oberhand. „Rot Front! Berlin bleibt rot!“, riefen mit dem „Faschismus“ das waren noch die janzesten Furchen. Die dem Stahlhelmen entgegenstehenden. An verschiedenen Straßenenden hatten sich regelrechte Sprechbühnen aufgestellt. Ein wüster Schellenklang brach hier los. „Hut Teufel, Hut Teufel!“ brüllte es in einhimmlichem Chor. Darzwischen wurde die „Internationale“ erklingen oder wiederum im Sprachchor „Hut, Hut, Hut!“ gelehrt. Die Stahlhelmer ließen die Schmähdungen widerstandslos über sich ergehen und machten betroffene Gesten.

Wasser oder ein Stück Brot, während die Offiziere in Autos um Schlemmerlot jagten. Der monarchistische Charakter des Stahlhelmaufmarsches wurde besonders dadurch gekennzeichnet, daß die den Heberfallern zurückgegebenen Schläger die schwarzweiße Fahne geflaggt hatten, und daß in der Potsdamer Orchestergruppe des Stahlhelms die Heberfallerprinzen Gisel Friedrich, Casar und August Wilhelm marschierten. Unter den Gästen dieses Stahlhelmtages sah man den General Watier, den Admiral von Schröder, die Abgeordneten von Graef-Goldberke, Graef (Thüringen), von Vindeiner-Wildau und Marek. Die durch die Novemberbewegung des Jahres 1918 zurückgedrängten Reaktionen und erbitterten Feinde des Proletariats glauben mit dem neubourgeois Imperialismus durch die Stahlhelmgarde ihre alte Macht wiedergewinnen zu können. Der gemeinsame Aufmarsch der Arbeiter hat gezeigt, daß das Proletariat mit aller Entschlossenheit gegen die weiteren Vorstöße der Faschisten zu kämpfen gewillt ist.

Zu größeren Zusammenstößen ist es nicht gekommen. Die Stahlhelmer selbst wagten es trotz der offensichtlichen Stellungnahme der Polizeioffiziere für den Stahlhelm nicht, gegen die Demonstrationen der Arbeiter etwas zu unternehmen. Die Disziplin der Proletarier verhinderte Provokationen durch eine Anzahl faschistischer Polizeioffiziere.

Der größte Teil der Polizeimannschaften verhielt sich gegenüber den Demonstrationen sehr zurückhaltend. In der Nacht vom Freitag auf Sonnabend haben aber zwei Kriminalbeamte den Arbeiter Erich Gantzer aus Charlottenburg der ersten einige Pistolenschüsse niedergeschossen. Gantzer sollte von den Beamten verhaftet werden. Da er nicht wollte, ob die beiden in Hölle getriebenen Beamten keine Faschisten waren, brühte er sich nicht, etwas gegen das Faschisten. Ohne jede Veranlassung machten darauf die Polizeibeamten von der Schusswaffe Gebrauch. Der Polizeibericht fällt den Vorgang in einen Angriff des Arbeiters um.

Während sich die Faschisten erheben, selbst die demokratischen Blätter gegen die Faschisten wandten, macht der Vorwärts als einziges Blatt außer der Jugendzeitung eine wüste

Worte gegen die Kommunisten. Der Vorwärts bietet den Stahlhelmläutern ein Bündnis gegen die Rote Front an. Nachdem Selbste am Freitag in einer Verlesung erklärt hatte, daß der Stahlhelm mit dem Reichsbanner zusammengehen müsse, antwortet der Vorwärts darauf in folgender Weise:

„Die bombastischen Worte von der ‚Vest der Roten Frontbewegung‘ hin und her — die Suche des Rechtsradikalismus, von der wir durch die Hitlerjünger erst jetzt wieder zülfide Proben geschmeckt haben, ist keineswegs erfreulich. Wenn Selbste den roten Fied aus Deutschland wegtraten will, so könnte er sich mit keinem ‚schwarzen Kaisermeister‘ bedenklich beschäftigen.“

Trotz der Erklärung gegen den Rechtsradikalismus ist die Ausführung des Vorwärts das offene Angebot an die Stahlhelmläuter zum gemeinsamen Fied gegen die Rote Front, wenn den sozialdemokratischen Führern nichts geliebt. Die sozialdemokratischen Arbeiter wissen doch der Stahlhelm auch gegen sie marschieren will.

Die sozialdemokratische Presse wird heute versuchen, nachzumachen, daß der Stahlhelmaufmarsch in seiner Bedeutungslosigkeit von den Sozialdemokraten richtig erkannt gewesen sei. Daß die Warnung durch die Kommunisten überflüssig gewesen sei. Die Arbeiterklasse weiß aber, nur die Warnung durch die KPD hat diese Pleite des Stahlhelms herbeigeführt. Nur weil die kommunistische Partei die gesamte Arbeiterklasse zu Abwehrfront aufgerufen, war der Empfang der Stahlhelmer eifrig, haben sich viele nicht getraut, nach Berlin zu fahren. Die Arbeiter dürfen sich durch die Pleite in Berlin über den Ernst der Bewegung nicht hinwegtäuschen. Die Proletarier des Stahlhelms werden alles versuchen, die Pleite durch intensive Reklamation und die Anwendung rechtlicher Mittel auszugleichen.

Der 7. und 8. Mai hat die geschlossene Front gegen den Bürgerkrieg und den Faschismus gezeigt, daß bewiesen, daß man gegen die geschlossene Arbeiterklasse keine italienischen Manöver machen kann. Jetzt aber darf nicht nachgelassen werden, jetzt gilt es, durch intensive Aufklärungsarbeit die proletarischen Elemente im Stahlhelm von den Trugschlüssen zu trennen. Verhärteter Kampf gegen den Bürgerkrieg ist die nächste Aufgabe. Der Kampf um den Wahlsonntag, um höhere Löhne muß härter und härter geführt werden. Dann gilt es, alle Kräfte einzuleiten, um beim Fingertreten der Roten Frontkämpfer in Berlin die gewaltige Heberfallbewegung der Roten Front zu demonstrieren. An die Arbeit! Die Rote Front wird von der Empathie der Berliner Arbeiter empfangen werden!

Der fällige Regierungswechsel

Von Rudolf Kerner, R. d. L.

Nach dem letzten Vorstoß der Deutschnationalen bei dem Anleihegesetz war es eine Zeitlang ruhig geworden im Lager der um die fällige Regierung strebenden Parteien. Damals redete der Finanzminister die Bedeutung des deutschnationalen Abgeordneten Gierke, er sei zur Führung der Geschäfte unfähig, ohne ernste Gegenwehr ein. Der Abgeordnete Gierke von den Demokraten, dem man seine Entfernung aus der Referentenposition im Unterrichtsministerium anbot, legte sich etwas erlotzt zur Wehr. Die Deutschnationalen aber erklärten, der Wechsel auf Einzug in die Regierung und obendrein auf Vermeidung der Ministerien sei unterschrieben und müsse eingelöst werden. Ein Teil der Regierungsparteien erklärte, ihnen sei von einer solchen Anordnung nichts bekannt. Die Deutschnationalen antworteten mit der Veröffentlichung der Unterschriften der Dokumente. Die Regierungsparteien erklärten, das Dokument enthalte keine endgültige Bindung und — obendrein sei es nur von einigen Abgeordneten unterschrieben, die nicht ausschlaggebend seien. Die Velle der Regierungsparteien erging sich in Ablehnungsmandat. Man kenne das Dokument nicht; die Geheimratskommission habe der Demokratie, und dergleichen mehr.

Jetzt tritt die Deutschnationale Partei erneut mit einer scharfen Erklärung an die Öffentlichkeit. Sie erklärt, der Eintritt in die Regierung sei den Deutschnationalen für den 1. Juni angelehrt, sie werden auch auf Erfüllung bestehen. Die Regierungsparteien müßten eben die Nationalisten veranlassen, auch eine Regierung mit Deutschnationalen zu unterlassen. Weiter erklärten die Deutschnationalen, sie verlangten die Verminderung der Ministerien sowie ganz selbstverständlich die Entfernung Gierkes aus dem Unterrichtsministerium als Referent. In der Zahl der Minister erklärten die Deutschnationalen, daß die NSPS als keine Partei nicht zwei Ministerien beanspruchen könne. Die Erklärung der Deutschnationalen ist ziemlich eindeutig, sie richtet sich in ihrer schärfsten Form gegen Demokraten und NSPS — den Refusenik soll ein Schritt gegeben werden. Die ehemaligen Lehnbedienten für die NSPS werden in das Gegenteil umgewandelt. Auf den Verrat der NSPS hat die Reaktionäre fast geworden, die Vertreter aber sind einflusslos, die Wahlen haben die Reaktion verfallen, die Bourgeoisie braucht sie nicht mehr. Die entscheidende Stimme im Landtag wird gleich null, da den NSPS-Leuten eine Rückkehr in das Lager der Arbeiter nicht möglich ist. Eine Gruppe politischer Sozialisten steht am Ende ihres Lebens.

Auch die Demokraten werden geprügelt, entweder sollen sie, wie Gierke, die Reaktion ausbauen oder herausfliegen. Da-

bei haben doch die Demokraten in Sachsen immer alles getan, um reaktionärer zu sein, wie selbst ihre Fraktion im Reich.

Die Regierungsparteien lassen die Dinge scheinbar an sich herantommen. Sie sehen ihre Positionen bedroht. Sie haben die Arbeiter betrogen, ausgeplündert. Die NSPS ist auf die Sohle der Minister oder Amtshauptleute oder einiger anderer Vögel getreten. Die Demokraten arbeiteten im gleichen Sinne, nebenbei die Interessen der Warenhäuser verteidigt. Die Hausbesitzer in der Wirtschaftspartei machten sich Geldente auf Kosten der Mieter, die Volksparteier vertreten die Interessen der Industriellen. Jede Gruppe holte auf Kosten der arbeitenden Massen für sich heraus, was nur herauszubringen ging. Auch die Großagrarien kamen nicht zu kurz. Von den Kulturkern und den Nationalsozialisten braucht man nicht zu reden, die Höllichkeit gebietet, von der Dummheit zu schweigen. Dielen Kultus gab man ein kleines Geschenk der Steuerfreiheit bei Aufwertungserfordern vor Gericht. Jetzt wird dieses Rückwärts durchgeschüttelt, weil ein weiterer keine Ansprüche anmeldet. Die Regierungsparteien führen sich nicht. Die Deutschnationalen erklären, schon steht der Fälligkeitstermin vor der Tür, aber bisher haben sich die Unterschriften noch nicht bemüht, Verhandlungen zu beginnen.

Die Deutschnationalen wollen aber auch eine stärkere Vertiefung, sie wollen mehr Geldente. Hinter den Vorstößen der Deutschnationalen liegt jedoch ein tieferer Sinn. Der reaktionäre Flügel der Bourgeoisie erachtet auch in Sachen die Zeit für gekommen, wo er offen in die Regierung eintritt. Die Hebertragung der faschistischen Politik Bayerns nach Sachsen soll offiziell beginnen, der Erfolg des Reichswehrmarsches von 1923 soll ausgenutzt werden. Der Angriff der Deutschnationalen in Sachsen hat eine besondere Bedeutung. Sachsen ist eines der Länder mit den härtesten und rabidsten Arbeiterklasse. Wenn jetzt die Deutschnationalen hier in die Regierung eindringen, dann zeigt das, wie stark sich die Reaktion auch hier fühlt. Der Vorstoß dieser brutalsten Reaktionäre muß von der Arbeiterklasse viel mehr beachtet werden. Es handelt sich um mehr als ein parlamentarisches Teufelsmännchen. Man darf nicht darauf abstellen, daß man bei den nächsten Wahlen eine andere Mehrheit im Landtag haben werde. Die Reaktion wird ihre Macht brutaler nutzen, wird das Wahlergebnis verschlechtern, die Wahlen erschweren. Zweiell Verhandlungen haben die Arbeiter Sachsen schon auf sich geladen. Als die Gemeindevorstände verächtlicher wurde, kündete die SPD den außerparlamentarischen Kampf an. Es blieb bei der Ankündigung. Gegen die Nichtregierung ging man mit ...